



Albigs durchsichtiges Manöver

Ein Kommentar von Thomas Gründemann

Seit dem 20. März steht es fest: Die Landesregierung will den Tarifvertrag für die Angestellten des Öffentlichen Dienstes nicht auf Beamte und Versorgungsempfänger übertragen. Mit dieser Ankündigung haben Ministerpräsident Torsten Albig und Finanzministerin Heiold eine Lawine der Verärgerung und der Empörung auch bei der Gewerkschaft der Polizei ausgelöst. Einerseits ist es das Ergebnis, das dem DGB und damit auch der GdP bitter aufstößt. Vor allem jedoch hat der Ministerpräsident auch mit seinem Vorgehen mangelndes politisches Gespür bewiesen und damit die gewerkschaftlichen „Verhandlungspartner“ düpiert. Nachdem ein zweites Gespräch der Finanzministerin mit dem DGB noch am 19. März ohne Ergebnis verlaufen und eine von den Gewerkschaftsvertretern geforderte zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses nicht angeboten worden war, musste ein weiterer Austausch ins Auge gefasst werden. Diesem aber kam der sozialdemokratische „Landesvater“ zuvor und verordnete Macht seines Amtes einen Kompromiss. Wie aus einer „Wundertüte“ präparierte der Ministerpräsident praktisch

über Nacht ein detailliertes und bis auf Euro und Cent durchgerechnetes Ergebnis und zog damit vorzeitig einen Schlussstrich unter die „Verhandlungen“ mit dem DGB. Und dabei scherte sich der Ministerpräsident mit politischen Wurzeln in einer Arbeiterpartei wenig nach den Wirkungen bei den Arbeitnehmervertretern des DGB. Auch für die GdP war die Motivation Albigs mit seinem „differenzierten Modell“ schnell klar: Der Widerstand in den Reihen der beamteten Arbeitnehmer des Öffentlichen Dienstes und auch der Landespolizei sollte gespalten und damit gebrochen werden. Ein durchsichtiges Manöver: „Den ‚kleinen‘ geben wir mehr als den ‚großen‘ Beamten.

Das wird gut ankommen“, so die augenscheinliche Losung der Landesregierung. Aber damit nicht genug. Obendrauf wurde als Alternative noch damit gedroht, ansonsten 1400 Stellen abbauen, die Arbeitszeit verlängern, das Pensionsalter anheben und einen Beförderungsstopp aussprechen zu müssen. Damit zeigte Torsten Albig sein anderes, für viele sein wahres Gesicht. Allerdings dürfte der Sozialdemokrat und sein Kabinett die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes unterschätzt haben, die seine Spaltungs-Strategie längst durchschaut haben. Und auch bei den „kleinen Beam-

ten“ wurden die Anhebungen der Landesregierung schnell als Nebelkerzen ausgemacht. „Bis 2018 sollen die Beamtinnen und Beamten unterhalb der Inflationsrate besoldet werden. Diese angekündigten realen Lohnkürzungen sind nichts anderes als unanständig“, brachte es Wolfgang Kubicki auf den Punkt. Nicht zu Unrecht verwies Kubicki und der Fraktionssprecher der CDU darauf, dass die schwarz-gelbe Regierung in ihrer Amtszeit eine Übernahme der Tarifergebnisse auf die Beamten und Versorgungsempfänger ohne Wenn und Aber mitgetragen hatte.

Der Protest der Gewerkschaften wird seither durch eine Vielzahl „von kleinen und großen Nadelstichen“ unverdrossen fortgesetzt. Oliver Malchow hat die Haltung der GdP auf den Punkt gebracht: Egal, ob Beamte oder Tarifbeschäftigte, egal, ob mittlerer, gehobener oder höherer Dienst. Wir wehren uns gegen eine Spaltung“, so der GdP-Landesvorsitzende.

Wie geht es weiter?

Wenn alles nach Plan der Landesregierung aus SPD, Grüne und SSW verläuft, sollen dann am 14. Mai die vom Ministerpräsidenten „verordneten“ Ergebnisse beraten und im Juni in ein Besoldungs- und Versorgungsgesetz und damit dann verabschiedet werden.

Ergänzung zur Tabelle:

– Die Polizeizulage ist nicht ruhegehaltstauglich.

– Die Einmalzahlungen wirken sich nicht auf künftige Gehalterhöhungen aus und sind auch nicht ruhegehaltstauglich!

– Eine positiv angenommene Inflationsrate von nur 2% würde in 5,5 Jahren für eine A8-besoldete Beamtin/Beamten einen relativen Kaufkraftverlust von 2,17% bedeuten.

Anders ausgedrückt: Das Gehalt ist jeden Monat 70 Euro weniger wert! Der Reallohnverlust steigert sich dann deutlich bei höheren Gehaltsstufen!

Kurzum:

Das Angebot von Albig und Co. bedeutet Kaufkraft- und Reallohnverlust für **alle** Gehaltsgruppen!

2013	ab 1.1. + 2,65 %	ab 1.7. +2,65%	ab 1.7. +2,65%	ab 1.7. +1,50%
2014	ab 1.1. + 2,95%	Nullrunde	Nullrunde	Nullrunde
2015	?	ab 1.1. +2,95%	ab 1.1. +2,95%	ab 1.1. +1,50%
2016	?	ab 1.7. +1,50%	ab 1.7. +1,50%	ab 1.7. +1,50%
2017	?	ab 1.7. +1,50%	ab 1.7. +1,50%	ab 1.7. +1,50%
entspricht insgesamt	5,7% auf 2 Jahre	8,9% auf 5,5 Jahre	8,9% auf 5,5 Jahre	6,1 % auf 5,5 Jahre
durchschnittliche Erhöhung pro Jahr gem. einfacher Westrick-Formel	2,84%	1,61%	1,61%	1,12%
unter Berücksichtigung 20€ Erhöhung Polizeizulage (nicht ruhegehaltstauglich)		1,67%	1,65%	1,15%
Einmalzahlung auf 66 Monate verteilt = 20€/Monat		1,80%		
abzüglich 0,2% Versorgungsrücklage		1,60%	1,45%	0,95%

Quelle: Regionalgruppe Schleswig-Holstein Mitte



Innenminister Breitner: Thorsten Kramer ist der Richtige

Schutzpolizist leitet seit 1. April das LKA – Von Thomas Gründemann

Kiel/tgr – Der neue Direktor des Landeskriminalamtes heißt Thorsten Kramer. Ein Novum in der Geschichte der Landespolizei, denn mit Kramer wechselt erstmals ein Schutzpolizist an die Spitze des Amtes mit fast 600 Mitarbeitern. Im Rahmen eines Festaktes wurde Kramer, der zuletzt die Polizeidirektion Neumünster leitete, von Innenminister Andreas Breitner in das neue Amt eingeführt.

„Sie werden das Amt des Leiters des Landeskriminalamtes erfolgreich wahrnehmen“, stattete Breitner in seiner Laudatio den 55-Jährigen mit einem Vertrauensvorschuss aus. Der ständige Einsatz

Kramers gelte vor allem einer modernen und qualitätsorientierten Polizeiarbeit, so Breitner. Dabei lobte der Minister die herausragenden Kenntnisse des neuen LKA-Chefs in Fragen der Kriminalitätsbekämpfung und der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung. Darüber hinaus stellte Andreas Breitner die auffälligen strategischen und analytischen Fähigkeiten Thorsten Kramers heraus und wies auf dessen Führungsqualifikationen hin. „Dazu kommen Ihre anerkannte fachliche Kompetenz und Ihr ausgeprägtes Durchsetzungsvermögen, verbunden mit einer überzeugenden Argumentation und einer hohen Verbindlichkeit. Aus diesen Gründen bin ich fest davon überzeugt, dass Sie der Richtige sind, die Kriminalitätsbekämpfung in Schleswig-Holstein maßgeblich zu steuern“, erklärte der Innenminister seine Personalentscheidung

Die Karriere Thorsten Kramers begann 1977 mit der Einstellung in die Landespolizei und führte 1989 in den höheren Polizeivollzugsdienst. Nachdem er



Innenminister Breitner gratulierte Thorsten Kramer zum neuen Amt.

Fotos (2): Thomas Gründemann

auf unterschiedlichen Dienststellen tätig und mit herausragenden Führungsaufgaben betraut worden war, leitete Kramer seit dem 1. Oktober 2005 bis zu seinem Wechsel in das Landeskriminalamt die Polizeidirektion Neumünster. Thorsten Kramer ist seit 1977 Mitglied der Gewerkschaft der Polizei.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 5/2013:
Montag, 8. April 2013



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Schleswig-Holstein**

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GmbH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497

GLÜCKWÜNSCHE

Wir gratulieren

**zur Beförderung
zum Leitenden Polizeidirektor**
Andreas Görs, RG Segeberg-Pinneberg

zum Ersten Polizeihauptkommissar
Michael Strietzel, RG Kiel-Plön

zum/zur Kriminalhauptkommissar/-in A 12
Frank Heimann, Kirsten Haß, Arne Hellwig, RG Kiel-Plön

zum Polizeihauptkommissar A 12
Gunnar Röbsch, Ralf Surberg, Jochen Sturm, RG Kiel-Plön; Hartmut Kleist, Maik Schneider, RG Schleswig-Flensburg; Michael von Malottki, Patrick Melber y Baric, RG Segeberg-Pinneberg

zum/zur Kriminalhauptkommissar/-in
Verena Kalus, Winfried Völter, RG Kiel-Plön; Andreas Bibo, RG Segeberg-Pinneberg

zum Polizeihauptkommissar
Nils Ehlers, Jens Heerwagen, Nils Klooster, Hartmut Kopischke, Sven Petersen, Dirk Schirmacher, Bernd Triphahn, Thorsten Weich, RG Kiel-Plön; Volker Boldt, Ralf Kossek, Stefan Matthies, Christian Struck, RG Schleswig-Flensburg; Holger Matzen, Jürgen Schlichting, Fabian Schröter, RG Segeberg-Pinneberg

zum Kriminaloberkommissar
Timo Gerdes, RG Kiel-Plön

zum/zur Polizeioberkommissar/-in
Frank Böttcher, Mona Borchert, Matthias Faber, Svenja Fedder, Harald Feddern, Hans-Peter Figura, Finn-Ole Henning, Ralf Hobus, Jan Hollmann, Her-

Fortsetzung auf Seite 6



LANDESFRAUENKONFERENZ**Imke Kalus als Vorsitzende bestätigt**

Frauenkonferenz: Staatssekretär Küpperbusch sprach zu den Delegierten

Bad Malente/tgr – Grund zur Freude hatte Imke Kalus bei der 5. Landesfrauenkonferenz in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte. Nachdem sie als Nachfolgerin von Monika Heun das Amt kommissarisch wahrgenommen hatte, wurde die 38-Jährige einstimmig als Vorsitzende der Frauengruppe in der schleswig-holsteinischen GdP bestätigt. Damit wird die Hauptkommissarin fast 1200 weibliche Mitglieder im Landesbezirk repräsentieren. Und auch darüber hinaus standen Personalentscheidungen im Vorstand an.

So wurden Nina Tiesch zur Stellvertretenden Vorsitzenden und Maren Nielsen zur Kassiererin gewählt. Die Funktion der Schriftführerin wird künftig von Kristin Stielow wahrgenommen. Als Vertreterin für den Tarifbereich rückte Norina Gloy-Leinweber in den Vorstand.

Auf großes Interesse während der Konferenz, die unter das Motto „Ich bin mehr wert 2.0 – Frauen *faitreten*“ gestellt worden war, stießen vor allem die Worte von Innenstaatssekretär Bernd Küpperbusch, der – genauso wie Landespolizeidirektor Burkhard Hamm – der gewählten Vorsitzenden gratulierte.

In seiner Rede richtete der Staatssekretär seinen Schwerpunkt auf das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“.

„Um Familie und Beruf in Einklang zu bringen, reicht die rein berufliche Gleichstellung allein nicht aus“, unterstrich Küpperbusch. Nötig sei es, ein betriebliches Umfeld zu schaffen, das auch die persönlichen Belange der Beamtinnen und Beamten erkenne, ernst nehme und die Möglichkeit schaffe, diese flexibel zu berücksichtigen.

„Umso mehr freut es mich, dass mit dem bevorstehenden Inkrafttreten unserer „Dienstvereinbarung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein weiterer wichtiger Schritt in die richtige Richtung getan wird“, sagte der Staatssekretär den 35 Delegierten aus allen Regionen Schleswig-Holsteins. Ein Beleg für den fairen Umgang mit Frauen in der Landespolizei sei, dass sie einen gleichen Zugang zu Ämtern und Funktionen erhalten würden. „Frauen sind also in der Landespolizei nicht nur angekommen, sondern auch akzeptiert und gleichberechtigt – ein wichtiger Erfolg und eine richtige Entwicklung“, so der Staatssekretär. Diese Entwicklung wirke zudem

auch über den Bereich der Landespolizei im engeren Sinne hinaus:

Mit der frauen- und familienfreundlichen Gestaltung der Rahmenbedingungen der Landespolizei werde die Attraktivität des Polizeiberufes erhöht. „Wir versprechen uns davon also nicht nur zu friedenerer und noch engagiertere Beamtinnen und Beamte“, ergänzte Küpperbusch. Im Anschluss

an seine Rede überreichte Imke Kalus dem Staatssekretär Post für Finanzministerin Heinold, und zwar eine einstimmig verabschiedete Resolution der Frauengruppe, in der die Landesregierung aufgefordert wird, den Tarifabschluss der Länder für die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger des Landes zu übernehmen.

Einen Blick über die Grenzen Schleswig-Holsteins hinaus gab die Stellvertretende Vorsitzende der Bundesfrauengruppe Erika Krause-Schöne.

„Wir wollen die Position der Frauen in der Polizei nicht beklagen, wir wollen sie verbessern“, sagte Krause-Schöne. Die Zukunft der Polizei und der GdP sei weiblich, stellte sie fest. Deshalb sei es Ziel der Frauengruppe, die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter im Dienst und in der GdP durchzusetzen. So wachse der Anteil der Frauen auch in der GdP kontinuierlich. Ein Viertel aller GdP-Mitglieder sei inzwischen weiblich.

Als Grußredner wandten sich auch Landespolizeidirektor Burkhard Hamm, die Abteilungsleiterin für Frauen- und Gleichstellungspolitik beim DGB Nord, Lianne Straka, und Manfred Börner für den Geschäftsführenden GdP-Landesvorstand an die Konferenzteilnehmer/-innen. Die Details der vom Staatssekretär angesprochenen „Dienstvereinbarung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ erläuterte Jörg Struve vom LPA 313.

Gewählt wurden auch die Delegierten und Ersatzdelegierten für den Landesdelegiertentag im November dieses Jahres



Sie bilden den neuen Vorstand der Frauengruppe: Imke Kalus, Maren Nielsen, Norina Gloy-Leinweber, Kristin Stielow und Nina Tiesch (v. l.).



Erika Krause-Schöne, die Stellvertretende Vorsitzende der GdP-Bundesfrauengruppe, sprach auf der Konferenz.



Staatssekretär Küpperbusch

Fotos (3): Thomas Gründemann

und der 6. Bundesfrauenkonferenz im März kommenden Jahres in Potsdam.

Thomas Gründemann



6. LANDESSENIORENKONFERENZ DER GdP

Frank Poster genießt weiter Vertrauen der GdP-Senioren

Kiel – Die schleswig-holsteinischen GdP-Senioren setzen weiter auf Frank Poster.

Anlässlich der 6. Landesseniorenkonferenz im Hotel Reimers wurde der 63-jährige Pensionär aus Westerrönfeld von den 60 Senioren ohne Gegenstimme und Enthaltung als „Chef“ der rund 1200 Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, Hinterbliebene, Rentnerinnen und Rentner in der GdP bestätigt. Dies galt auch für seinen Vertreter **Falk Dennhardt** (65) aus Nortorf und **Manfred Gerlach** (67/Quickborn), der **Wolfgang Meier** folgte, der sich als Schriftführer zurückzog.

Vor den Wahlen fasste Frank Poster in seinem Geschäftsbericht die vielfältigen Aktivitäten des Seniorenvorstandes der vergangenen vier Jahre zusammen. Jedoch rief der Seniorenvorsitzende in Gegenwart des Landesvorsitzenden Oliver Malchow und des Bundesseniorenvorsitzenden Anton Wiemers, die auch Grußworte an die Versammlungsteilnehmer richteten, in Erinnerung, dass der Antrag

GdP-Mitgliedern rund 1200 von der Seniorengruppe betreut würden, sei ein Grund mehr, der Seniorengruppe eine andere Bedeutung zukommen zu lassen, so Poster. Ein entsprechender Antrag wurde während der Konferenz beraten und einmütig verabschiedet.

Erfreut zeigte er sich jedoch, auch in diesem Jahr ein Seniorenseninar anbieten zu können. Dies findet vom 1. bis 3. Juli in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Malente statt (siehe auch Hinweis rechts). Die Eigenanteile würden indes marginal erhöht und die Teilnehmerzahl möglicherweise etwas reduziert werden müssen. Auf großes Interesse stieß das Referat des Stell-



Sie leiten in den kommenden Jahren die Geschicke der GdP-Senioren. Der Vorsitzende Frank Poster (M.) sowie Falk Dennhardt (l.) und Manfred Gerlach.



Rund 60 Delegierte hatten sich zur 6. Landesseniorenkonferenz in Kiel eingefunden.

Fotos (2): Thomas Gründemann

mit einem Landesseniorenvorsitzenden im den GLV vertreten zu sein, beim letzten Delegiertentag 2009 zwar mehrheitlich getragen worden sei, letztlich jedoch an der fehlenden Zweidrittelmehrheit gescheitert sei. Das Ziel werde jedoch weiter verfolgt, zeigte sich Frank Poster entschlossen. Dass von den gut 5000

vertretenden Staatssekretärs Andreas Fleck, der in seinen Ausführungen „Schwerpunkte der Seniorenpolitik in der neuen Landesregierung“ skizzierte und mit den Konferenzteilnehmern eingehend diskutierte.

Thomas Gründemann

SENIOREN

Seminar vom 1. bis 3. Juli 2013

Im Einvernehmen mit dem gesamten Landesvorstand, insbesondere mit Unterstützung der übrigen Personengruppen, findet entgegen der bisherigen Praxis auch im Jahr der Konferenzen und des Landesdelegiertentages ein Seniorenseninar statt, und zwar vom 1. bis einschließlich 3. Juli 2013, wiederum in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Bad Malente. Diese zusätzlichen Seminarkosten führen zwangsläufig auch zu einer, wie wir meinen, angemessenen und zumutbaren Erhöhung des Eigenanteils. Ehe- bzw. Lebenspartner, die an dem Seminar teilnehmen möchten, sind selbstverständlich sehr herzlich willkommen. Für sie entstehen anteilige Kosten in Höhe von 150 €.

Die Eigenbeteiligung für GdP-Mitglieder beträgt 50 €.

Wie immer stehen seniorenpolitische Themen auf der Tagesordnung. Aber auch auf den Austausch von Erfahrungen und Informationen über das „aktuelle Polizei- und Gewerkschaftsgeschäft“ sind wir wiederum gespannt.

Anmeldungen für das Seminar nimmt ab sofort auf der GdP-Geschäftsstelle Dorith Stubenrauch-Schulz, Tel.: 04 31-1 22 10 15, entgegen.

Anmeldeschluss ist der 7. Juni 2013.

Gut, dass es sie gibt – die **GdP-Senioren oder einfach die „Älteren“!**

*Frank Poster,
Landesseniorenvorsitzender*



POLIZISTEN VOR GERICHT**Polizisten sollten vor Gericht selbstbewusst und gelassen bleiben**

Interview mit Amtsrichter Otto Witt, Eutin

Über die Rolle und Bedeutung des Polizisten als Zeugen vor Gericht sprach Landesredakteur Thomas Gründemann mit dem Richter beim Amtsgericht Eutin, Otto Witt.

Otto Witt (60) ist seit 1980 als Richter beim Amtsgericht Eutin tätig. Der angesehene Jurist unterrichtet im Rahmen der Fortbildungslehrgänge in Kiebitzhörn auch „Jugendsachbearbeiter“ der Landespolizei.

Herr Witt, wie haben Sie bislang in den vielen Jahren als Amtsrichter Polizistinnen und Polizisten als Zeugen vor Gericht erlebt? Welche Bedeutung hat für Sie dabei die Zeugenaussage einer Polizeibeamtin oder eines Polizeibeamten?

Ich habe bislang kaum schlechte Erfahrungen gemacht und kann mich nicht erinnern, dass sich Polizeibeamte als Zeugen bei einer von mir geleiteten Gerichtsverhandlung jemals unangemessen oder offensichtlich parteiisch geäußert haben. Aber die Bedeutung von Zeugenaussagen durch die Polizei ist natürlich vor Gericht in der Tat immens, da die Beamten in aller Regel unbeteiligt sind. Insofern kommt ihren Aussagen schon erhebliche Bedeutung zu.

Gibt es aufgrund Ihrer Erfahrungen Fehler, die Polizistinnen und Polizisten häufiger vor Gericht begehen? Wie sehen diese aus?

Ich habe so etwas noch nicht erlebt. Aber Polizisten dürfen – ungefragt – unter keinen Umständen bei einer Aussage vor Gericht Wertungen beziehungsweise Bewertungen vornehmen oder Vermutungen aussprechen. Das ist nicht ihre Aufgabe und könnte durchaus als mangelnde Objektivität interpretiert werden. Deshalb muss jeglicher Eindruck einer „Vorverurteilung“ vermieden werden. Wichtig ist es für „Polizeizeugen“, unparteiisch und bei den Fakten zu bleiben. Auch sollte der aussagende Polizist sich davor hüten, sich als vermeintlicher Sachverständiger zu präsentieren. Im Zweifelsfall muss durchaus auch einmal eingeräumt werden, sich nicht mehr zu erinnern. Auf jeden Fall müssen sich Polizeibeamtinnen und -beamte vorsehen, ein



Otto Witt

Foto: Thomas Gründemann

persönliches Interesse am Ausgang des Verfahrens zu haben. Der Ausgang des Verfahrens darf auch nicht als Bewertung der eigenen Ermittlungstätigkeit gesehen werden. Dazu gibt es bei der Urteilsfindung zu unterschiedliche Gesichtspunkte und Faktoren, die eine Rolle spielen können, insbesondere bei der Strafzumessung.

Müssen Polizisten vor Gericht mehr wissen oder mehr erdulden als ein „normaler“ Zeuge? Oder sind Sie gar „Freiwild“ für Rechtsanwälte?

Eine gewisse Professionalität und Erfahrung der Polizeibeamtinnen und -beamten bringt es natürlich mit sich, dass auch detailliertes Wissen erwartet wird und in den meisten Fällen auch vorhanden ist. Polizisten wissen, worauf es zu meist ankommt. Von daher ist deren Aufmerksamkeit und Wahrnehmungsvermögen berufsbedingt oftmals stärker ausgeprägt als beim „normalen“ Zeugen. Folglich gibt es auch seitens des Richters – zumindest unbewusst – eine größere Erwartungshaltung an die Aussagen der Polizei. Aber natürlich sind Polizisten kein Freiwild für Rechtsanwälte. Dennoch sollten Polizisten ein gewisses Maß an Souveränität an den Tag legen, ruhig und überlegt bleiben, vor allem kritische oder bohrende Fragen nicht als persönlichen Angriff empfinden. Es besteht an-

sonsten zu schnell die Gefahr, den nötigen Abstand zu verlieren und damit schneller unglaubwürdig zu sein.

Wo sehen Sie die Grenzen bei der Befragung von Polizisten und Polizisten vor Gericht?

Da ist die Messlatte insbesondere auch für die Anwälte in der Tat sehr hoch. Zur Sache sind in einem Gerichtsverfahren nahezu alle Fragen gestattet. Wiederholungen sind in der Regel aber zu vermeiden bzw. seitens des Gerichts zu unterbinden.

In welchen Fällen und wie greifen Sie als Amtsrichter ein, wenn ein Verteidiger sich „unangemessen“ gegenüber einem Polizisten verhält oder diesen mit irrelevanten Fragen konfrontiert?

Ein unangemessenes Verhalten eines Verteidigers wird – wie auch im privaten Bereich – umgehend unterbunden. Ansonsten ist das Eingreifen eines Richters bei der Vernehmung auch von Polizeizeugen durch den Verteidiger immer eine Gratwanderung. Für den Richter muss im Vordergrund stehen, ein rechtsstaatlich einwandfreies Verfahren zu gewährleisten. Diesem Ziel müssen persönliche Befindlichkeiten von Zeugen untergeordnet werden. In Einzelfällen hinterfrage ich aber auch selbst das Motiv für die Fragestellung eines Rechtsanwaltes. Sollte ein nachvollziehbarer Grund für die konkrete Frage – insbesondere bei Wiederholungen – nicht erkennbar sein, wird diese nicht zugelassen. Es ist aber das Recht und die Pflicht des Verteidigers, insbesondere auch seinen Mandanten entlastende Momente herauszuarbeiten.

Welchen Rat geben Sie Polizistinnen und Polizisten, die sich während einer Gerichtsverhandlung „nicht fair“ behandelt und sich deshalb unter Druck gesetzt fühlen?

Sie sollten auf jeden Fall selbstbewusst und gelassen bleiben, denn dazu haben sie grundsätzlich allen Anlass. Im Zweifelsfall besteht auch die Möglichkeit, sich an den Richter zu wenden und zu klären, ob

Fortsetzung auf Seite 6



POLIZISTEN VOR GERICHT

Fortsetzung von Seite 5

die Frage beantwortet werden muss. Möglicherweise sollte in Wiederholungsfällen – gegebenenfalls über die Staatsanwaltschaft – nachträglich das persönliche Gespräch mit dem Gericht geführt werden.

Wie sollten sich Polizeibeamtinnen und -beamte auf ihre Rolle als Zeuge vor Gericht vorbereiten?

Der aussagende Polizist sollte gut vorbereitet sein. Das Aktenstudium gehört, sofern erforderlich, auf jeden Fall dazu, um das Erinnerungsvermögen an Details

zu steigern. Auf Nachfrage muss und kann das auch vor Gericht bedenkenlos angegeben werden. „Absprachen“ unter Kollegen sollten demgegenüber nicht erfolgen. Der Zeuge muss und soll seine eigene, unbeeinflusste Erinnerung wiedergeben.

MITGLIEDER

Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm

Heute: Heiko und Conni Hüttmann

Heiko Hüttmann (57)
Leitender Polizeidirektor
Polizeidirektion Lübeck
Polizist seit 1975

Die Entscheidung meiner Tochter, ebenfalls den Polizeiberuf ausüben zu wollen, hat mich zwar ein bisschen überrascht, aber zugleich Freude ausgelöst.

Mit meiner Tochter einmal gemeinsam Dienst zu machen, wäre noch einmal eine ganz neue Erfahrung in der Doppelrolle Vater/Kollege.

Wenn ich heute noch einmal vor der Berufswahl stünde, würde ich denselben Weg sicher wieder gehen.

Hätte ich mich nicht für den Polizeiberuf entschieden, hätte ich viel Interessantes und Spannendes nicht erlebt.

Conni Hüttmann (23)
Polizeimeisteranwärterin
PD AFB Eutin
Polizistin seit August 2012

Dass mein Vater Polizist ist, hat meine Berufswahl maßgeblich beeinflusst. Ich konnte mich dadurch schon früh mit dem Polizeiberuf identifizieren.

Mit meinem Vater einmal gemeinsam Dienst zu machen, wäre sicher eine gute Sache, da wir uns durch seine Erfahrung und meine Neugier gut ergänzen würden.

Bei der Polizei möchte ich gerne ein-



Foto: Thomas Gründemann

mal miterleben, dass öfter der Mensch hinter der Uniform gesehen wird.

Hätte ich mich nicht für den Polizeiberuf entschieden, dann hätte ich vermutlich eine falsche Wahl getroffen.

GLÜCKWÜNSCHE

Fortsetzung von Seite 2

mann Larsson, Anna Legell, Manfred Meyer, Carolin Nitze, Johannes Rauch, Axel Rehbehn, Jana Reuter, Uwe Schröder, Berit Seidel-Greve, Inga Struve, Eike Sönksen, Marcel Urban, RG Kiel-Plön; Rainer Bartelsen, Heinz-Peter Hasche, Bernhard Stitz, Robert Stippler, Manuela Voß, RG Schleswig-Flensburg; Peggy Bandelin, Florian Born, Sven Fokken, Silva Noetzelmann, Suzanne Pjede, Peter Tadych, RG Segeberg-Pinneberg

zum Polizeikommissar
Werner Beran, Dietmar Frahm, Bernt Wirtz, Thomas Wischnewsky, Holger Zucker, RG Kiel-Plön; Hans-Werner

Krüger, RG Schleswig-Flensburg; Tim Gnatkowski, Kerstin Mudder, RG Segeberg-Pinneberg

zum/zur Polizeihauptmeister/-in
Michael Bünz, Mike Fiedermann, Norbert Kretzschmar, Dirk Loof, Sybille Lorenzen, Mike Müller, Belinda Reinholz, Martin Wald, RG Kiel-Plön

zum/zur Polizeiobermeister/-in
Julian Arndt, Annika Bleiweiß, Jan Borgert, Maik Dreilich, Fynn Ehlers, Martje Jacob, Merle Jalaß, Sandra Puglia, Sabrina Reinke, Hannes Rothhardt, Tobias Rufmann, Philip Steffens, Dustin Stöhr, Sven Widmoch, RG Kiel-Plön

zur Lebenszeitanstellung
Shadi Bdeiwi, Dennis Burmeister, Andreas Fährmann, Agata Heesch, Stephan Kieckbusch, Lars Leimgrübler, Christian Pahlke, Tobias Ruppe, Lars Steuber, Jan-Kristian Thoms, RG Justizvollzug

zur Goldenen Hochzeit
Werner Bielfeld und Ehefrau, RG Kiel-Plön

In den Ruhestand traten
Emil Godau, RG Nordfriesland; Hans-Georg Bigalski, Uwe Kleinig, RG Steinburg-Dithmarschen



13-Tage-Erlebnisreise vom 22.08. bis 03.09.2013

Unterbringung im
Doppelzimmer p. P. ab

€ 1.695,-

CHINAS GESICHTER

...ZU LAND UND ZU WASSER ERLEBEN

Auf dieser Reise erleben Sie die poetischen Landschaften Chinas während Ihrer komfortablen Kreuzfahrt auf dem Yangtze. Im Kontrast dazu stehen die großen Kulturschätze der ehemaligen Kaiserstädte Beijing und Xian und das moderne Shanghai. Lassen Sie sich vom heutigen China mit seiner untrennbaren Einheit aus Tradition und Moderne faszinieren.

Preise inklusive Flug ab / bis Frankfurt

pro Person im Doppelzimmer	1.695,- Euro
Aufpreis Einzelzimmer	315,- Euro
Ausflugspaket „CHINA“	150,- Euro

Mindestteilnehmer: 16 Personen

Reiseverlauf*: 22.08. Anreise / 23.08. Beijing: erste Erkundungen / 24.08. Beijing: Kaiserpalast und Himmelstempel / 25.08. Beijing: die Große Mauer / 26.08. Beijing – Xian / 27.08. Xian: die tönernen Armeen / 28.08. Xian – Chongqing / 29.-30.08. auf dem Yangtze / 31.08. Yichang – Wuhan / 01.09. Wuhan – Shanghai / 02.09. Shanghai: Altstadt und Yu Garden / 03.09. Rückflug

Leistungen, die überzeugen:

- Flüge ab Frankfurt mit Air China in der Economy-Class bis Beijing/ab Shanghai
- Inlandsflüge in der Economy-Class
- Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren
- Ausreisesteuern
- Rundreise/Ausflüge in komfortablen, landestypischen Reisebussen internationalen Standards mit Klimaanlage
- 3 Schiffsübernachtungen auf einem Flusskreuzfahrtschiff in 2-Bett-Außenkabinen (Dusche/WC)
- 8 Hotelübernachtungen (Bad oder Dusche/WC)
- 10x Frühstück, 2x Mittagessen, 3x Abendessen
- PSW-Reisebegleitung

Ihr Gebeco Mehr-Wert:

- Deutsch sprechende Gebeco-Reiseleitung
- Zug zum Flug (2. Klasse)
- Interessante Stadtrundfahrten in Beijing und Chongqing
- Besichtigung des Drei-Schluchten-Staudamms
- Rasanter Transrapid-Flughafentransfer in Shanghai
- Eintrittsgelder
- Gebeco-Reiseinformationen / Reiseliteratur

Fotos: Gebeco / *Hinweis: Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten. Veranstalter: Gebeco GmbH & Co. KG, Kiel



PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel

Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 / 17093
Telefax 0431 / 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck

Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 / 5021736
Telefax 0451 / 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

8 Tage Erlebnisreise
vom 15. bis 22. Sept. 2013

Baltikum – 3 Länder, Kulturen und Völker



pro Person im Doppelzimmer
1.099,00 €

Auf dieser Reise erleben Sie die bezaubernde Landschaft des Baltikums und der Kurischen Nehrung sowie die Städte Tallinn, Riga und Kaunas

Reiseverlauf:

- 15.09. Flug mit Lufthansa nach Tallinn
- 16.09. Erleben und erkunden Sie das mittelalterliche Tallinn
- 17.09. Fahrt in das Ostseebad Pärnu und weiter nach Riga
- 18.09. Erkunden Sie die Gassen der Altstadt von Riga
- 19.09. Berg der Kreuze und Bernsteinmuseum
- 20.09. Mit der Fähre auf die Kurische Nehrung
- 21.09. Über Kaunas nach Vilnius
- 22.09. Besichtigung der Altstadt von Vilnius
anschl. Rückflug nach Deutschland

Preise inklusive Flug ab / bis Hamburg

pro Person im Doppelzimmer	1.099,00 €
Einzelzimmeraufschlag	230,00 €

Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen

Leistungen

- ▶ Flug von Hamburg über Frankfurt mit Lufthansa nach Tallinn
- ▶ Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren sowie aktuelle Kerosinzuschläge
- ▶ Transfers, Ausflüge und Besichtigungen in klimatisierten, bequemen, landestypischen Reisebussen
- ▶ Fährüberfahrt auf die kurische Nehrung
- ▶ 7 Hotelübernachtungen
- ▶ 7 x Frühstück, 7 x Abendessen

Ihr Gebeco Mehr Wert:

- ▶ Deutsch sprechende Gebeco-Reiseleitung
- ▶ Zug zum Flug 2. Klasse
- ▶ Komplettes Besichtigungsprogramm laut Reiseverlauf
- ▶ Stadtrundgang Tallinn, Riga und Vilnius
- ▶ Strandspaziergang Ostseebad Pärnu
- ▶ Halt am Berg der Kreuze
- ▶ Bernsteinmuseum in Palanga
- ▶ Tagesausflug Kurische Nehrung
- ▶ Eintrittsgelder
- ▶ Gebeco Reiseinformationen / Reiseliteratur



PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel

Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431/17093
Telefax 0431/17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck

Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451/5021736
Telefax 0451/5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Fotos: Gebeco • Hinweis: Änderungen, Irrtümer und Zwischenverkauf, Flugplan, Hotel- und Programmänderungen bleiben vorbehalten • Vermittler Gebeco GmbH & Co KG

Und was sonst noch so war ...

27. Februar

Emil Schmalfuß, vormalig Justizminister in Kiel, hat sich nun als Rechtsanwalt in der Kanzlei Ruge, Purrucker und Makowski in Kiel niedergelassen. In einem Schreiben an die GdP bietet er seine Dienste als Mediator für Konfliktschlichtungen an.

28. Februar

In kleiner Runde diskutieren wir über den ULD-Tätigkeitsbericht 2013. Dr. Weichert und seine Mitarbeiter setzen sich darin auch mit dem Richtervorbehalt für Blutentnahmen auseinander. Das ULD spricht sich für einen 24-stündigen Bereitschaftsdienst der Richter aus und kritisiert die schleswig-holsteinische Regelung, Bereitschaftsdienst nur bis 21.00 Uhr einzurichten. Hintergrund ist die Befürchtung des ULD, dass der Richtervorbehalt auf diese Art ausgehöhlt werden könnte.

1. März

Heute ist wieder Beförderungstermin. Der neue Landshaushalt ist wegen der Landtagswahlen im Mai 2012 nicht rechtzeitig über die parlamentarischen Hürden gelaufen, sodass 2013 an zwei Terminen befördert wird: Zum 1. Januar die sogenannten „Kaminzüge“ und zum 1. März die vereinbarten Strukturverbesserungen. Heute erhalten 625 Beamtinnen und Beamte ihre Ernennungsurkunden. Nicht zuletzt ein Erfolg der intensiven GdP-Arbeit.

6. März

Termin beim schleswig-holsteinischen Verwaltungsgericht. Es geht in dem angesetzten Verfahren um Überzahlung von Dienstbezügen gegenüber einem Beamten. Aufgrund einer Namensverwechslung hatte er zu viel Bezüge für „Dienst zu ungünstigen Zeiten“ erhalten. Das Finanzverwaltungsamt verlangte die Summe zurück gemäß des Grundsatzes: Überzahlte Besoldung bleibt Besoldung des Dienstherrn, und der Beamte müsse in der Lage sein, seine Bezügeabrechnung zu prüfen. Unsere Vertragsanwältin Frau Scheel hatte argumentiert, dass der Beamte aufgrund monatlich wechselnder Bezüge den Irrtum nicht hat erkennen können. Heute kommt es zu einem Vergleich. Der Beamte bekommt den Rückforderungsbetrag zu rund einem Viertel reduziert, und die verbleibenden Rückzahlungen werden gesenkt. Nicht im Protokoll erwähnt, aber berichtet wird, dass auch die Mithaftung des Dienstherrn nicht außer Acht gelassen werden darf.

21. März

Harry Marschke, über 40 Jahre Vorsitzender des Polizeichors Kiel, tritt ab. Der 77-Jährige gehörte 1975 zu den Gründungsmitgliedern des Chores. Aus Altersgründen möchte er es nun abgeben. Früher war Marschke bei der damaligen PD SH Mitte der Leiter des Sachbereichs 31. In einem Schreiben zu diesem Anlass danke ich Marschke für seine ehrenamtliche Tätigkeit: „Chorarbeit ist gemeinschaftsfördernd, das wird viel zu wenig gewürdigt.“

1. April

Traditionell dient dieses Datum, Schabernack zu treiben und Scherze zu machen. Hier ist es aber nicht der Fall. Die Geschäftsverteilung der erst im Juni 2012 angetretenen neuen Landesregierung ändert sich erneut in einem zentralen Punkt: Erst vor neun Monaten war die so genannte Dienstrechtsabteilung (Statusrecht der Landesbeamten, Mitbestimmung und Schwerbehindertenrecht usw.) vom Finanzministerium in das Innenministerium verlegt worden. Nun wandert der gesamte Bereich einschließlich der IT-Abteilung in die Staatskanzlei.

3. April

In den Kieler Nachrichten steht zu lesen: „Polizei will Inselzulage für Helgoland“. Andreas Kropius, Stellvertretender GdP-Landesvorsitzender, fordert endlich einen Nachteilsausgleich: „Die Miet- und Lebenshaltungskosten sind deutlich höher als am Festland, werden aber nicht finanziell ausgeglichen.“ Die sechs Beamten auf der

einzigsten deutschen Hochseeinsel seien genauso „eingereiht“ wie ihre Kollegen auf dem Festland. Ähnliches gelte im Übrigen auch für die Bediensteten auf Sylt, Amrum und Föhr. Thomas Giebeler, Sprecher des Innenministeriums: „Uns sind die hohen Wohnungs- und Lebenshaltungskosten insbesondere auf der Insel Helgoland und den Nordfriesischen Inseln bekannt.“ Innenminister Andreas Breitner (SPD) habe daher das Thema „Nachteilsausgleichszahlung“ als einen Schwerpunkt in das Arbeitsprogramm der Landesregierung eingebracht.

9. April

Online-Petitionen zur Beamtenbesoldung, erst wenige Tage formuliert, laufen Richtung Landeshaus. Mehrfach sollen dort die Server „zusammengebrochen“ sein. Heute erklärt der Pressesprecher des Landtags, dass die 3500er-Marke überschritten sei. Oliver Kumbartzky, FDP-Landtagsabgeordneter: „Die Breite der Unterstützung für diese öffentliche Petition mag nur denjenigen überraschen, der wie die Koalitionsfraktionen dieses Thema als politische Petitesse abtun wollte. Wir sind sehr froh, dass auch über das neu eingerichtete Instrument der öffentlichen Petition deutlich wird, wie sehr die Menschen im Land die bisherige Ignoranz der Landesregierung als unanständig empfinden. Vor diesem Hintergrund erwarten wir, dass wenigstens die Abgeordneten von SPD, Grünen und SSW den Ernst der Lage erkennen und sich im parlamentarischen Verfahren ihrer Verantwortung gegenüber allen Landesbediensteten stellen.“

REGIONALGRUPPENTERMINE

Einladung!

Kiel-Plön
Mitgliederversammlung am Donnerstag, 30. Mai 2013, 14.00 Uhr, im Restaurant „Am Posthorn“, Eckernförder Straße 217, 24119 Kronshagen.

Schleswig-Flensburg
Grillen für Senioren am Mittwoch, 29. Mai 2013, 15.00 Uhr, in Fohrdorf, Schützenheim. Wir hoffen auf eine rege Beteiligung und wünschen uns einen gemütlichen Tag mit gutem Essen und Gesprächen. Anmeldungen bitte an: Walter Bossen, Tel. 0 46 21-5 36 31, oder Michael Carstensen, Tel. 04 61-4 84 25 01.

Grillen für Senioren am Freitag, 7. Juni 2013, 14.30 Uhr, in Fohrdorf, Schützenheim. Anmeldungen bitte an: Michael Carstensen, Tel. 04 61-4 84 25 01, oder 0 46 23-18 02 41, oder Stefan Vollmer, Tel. 04 61-4 84 33 29.

Schleswig-Holstein Mitte
Jungsenioren-Stammtisch am Donnerstag, 2. Mai 2012, 17.00 Uhr, im Sportheim Husberg-Bönebüttel, Sickkamp 16, 24620 Husberg. Das diesmalige Thema ist ein Vortrag des Weißen Rings.

